

Badische Zeitung vom Montag, 28. Juli 2008

"Wir haben uns durchgesetzt" ☆

Biopell akzeptiert vollumfänglich die Auflagen der Stadt Achern

ACHERN (mimo). "Die Kuh ist vom Eis" . Acherns Oberbürgermeister Klaus Muttach hat positive Nachrichten für die wegen zahlreicher Bürgerproteste in die Schlagzeilen geratenen Firma Biopell: Der Acherner Gemeinderat hat der mit der Unternehmensführung ausgehandelten Vereinbarung am Donnerstagabend in einer kurzfristig einberufenen, nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung im Grundsatz zugestimmt. Eine abschließende juristische Prüfung des fünf Seiten umfassenden Vertrags durch einen externen Rechtsanwalt steht allerdings noch aus.

Das Acherner Stadtparlament hatte sich die Zustimmung nicht leicht gemacht. Am Montagabend noch wurde die Angelegenheit vertagt, um Zeit für eine ausgiebige Debatte zu gewinnen. Und die nahmen sich die Räte am Donnerstag in der überraschend früh angesetzten Sondersitzung: Drei Stunden lang wurden die Vertreter der Stadtverwaltung ebenso wie Firmenchef Matthias Schindler regelrecht mit Fragen bombardiert.

Klaus Muttach geht davon aus, dass die betroffenen Anwohner nun buchstäblich aufatmen können. Sie müssen keinen Lärm mehr fürchten, und auch der zu erwartende Ausstoß von Abgasen liege weit unter den Grenzwerten.

Wie berichtet, will Biopell die lärmintensiven Schiffsdieselmotoren zur Stromerzeugung abbauen. Die Pelletproduktion soll mit einer neuen 6,3 Megawatt starken Heizkesselanlage aufrecht erhalten werden.

Die Firmenleitung erklärte sich in diesem Zusammenhang zu weit gehenden Zugeständnissen bereit. Dazu gehört die Reduzierung der diffusen Staubquellen bei der Anlieferung und am Bandtrockner ebenso wie zusätzliche Staubmessungen. Ergänzend verpflichtet sie sich zur ausschließlichen Verwendung von unbelasteten Hölzern. Darüber hinaus ist die Firma einverstanden mit einer Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Offenburg zur Nutzung aller technischen Möglichkeiten zur Staubreduzierung. Ergänzt wird die nach Auskunft von Fachbereichbereichsleiter Dietmar Stiefel deutlich über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Vereinbarung durch ein klar geregeltes Beschwerdemanagement. Zur Sicherung dieser Selbstverpflichtungen akzeptiert die Firma den entsprechenden Eintrag einer Baulast. Damit will die Stadt sicherstellen, dass sich auch ein möglicher Rechtsnachfolger daran halten muss.

"Das hätte wahrscheinlich keine andere Firma unterschrieben" , bekannte Oberbürgermeister Muttach, "wir haben uns zu 100 Prozent durchgesetzt" . Die Stadt werde, abgesehen von ihrem Einvernehmen zu dem zweiten Heizkessel, an ihrer Veränderungssperre festhalten. Ohnehin sei die vorgesehene zweite Ausbaustufe des Betriebs nicht mehr geplant. Die Produktion, die gegenwärtig zu 40 Prozent läuft, werde so nur etwa die Hälfte des einst geplanten Umfangs haben.